

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08.86 846 ppbn d



## Inhalt

Willy Brandt MdB, SPD-Vorsitzender, zeigt Verständnis für die Europamüdigkeit vieler Bürger.  
Seite 1

Peter Klein, Geschäftsführer der Bundes-SGK, erläutert das Wahlergebnis in Rheinland-Pfalz und im Saarland.  
Seite 3

Inge Wettig-Danielmeier, AsF-Bundesvorsitzende, weist auf die erfolgreiche Gleichstellungspolitik in Schweden hin.  
Seite 5

Herbert Bermeitinger, Mitglied des Ausschusses für Europafragen beim SPD-Vorstand, erinnert an die vehemente Kritik ausländischer Zeitungen an Kohls Europapolitik.  
Seite 7

39. Jahrgang / 115

18. Juni 1984

Saftiger Denkkzettel für die Wendepolitiker

-----  
Die Wahlen zeigen: Unser Ansatz aufzubauen, ist richtig

Von Willy Brandt MdB  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Europawahlen haben für die Sozialdemokraten ein unbefriedigendes Ergebnis gebracht. Das muß man anerkennen, da darf man sich nicht in die Tasche lügen.

Gleichwohl wird es notwendig sein, die gestrigen Wahlen sehr sorgfältig zu analysieren. Dazu gehören dann auch die Ergebnisse aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland. In allem zusammen steckt mehr, als man auf den ersten Blick erkennen mag:

1. Europa in seinem gegenwärtigen Zustand begeistert niemanden, es zermürbt mehr. Die Zahlen - 45 Prozent Nicht-Wähler und auch die Stärkung der mehr auf Protest ausgerichteten Parteien - sprechen dafür, daß viele Menschen in unserem Land den Glauben verloren haben, in Europa noch - so oder so - etwas positiv wenden zu können. Unter dieser Skepsis hat vor allem die SPD gelitten.

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2

Kostenlos Umwelt  
mit recycelter Zellulose  
Recycling-Papier



2. Die in Bonn Regierenden haben einen saftigen Denkkzettel bekommen. Das gilt quantitativ besonders für die Union, qualitativ für die FDP. Nachdem sie bisher schon aus zahlreichen Landesparlamenten fiel, ist die FDP nun auch erstmals bei einer bundesweiten Wahl ausgeschieden, und gleichzeitig aus einer großen Zahl von Kommunalparlamenten in Rheinland-Pfalz und an der Saar. Die Regierung Kohl/Genscher hat - über die allgemeine Skepsis in Europa hinaus - für ihre Politik (und auch für ihre Affären) bezahlt. Die Wirtschaftsliberalen an der Seite der Union sind dabei, sich überflüssig zu machen.
3. Vor Ort und dort, wo es um konkrete, machbare Politik geht, sieht vieles anders aus. Das zeigt sich an der erheblich höheren Wahlbeteiligung in Rheinland-Pfalz und im Saarland, auch an den differenzierten Ergebnissen. Wo immer die Sozialdemokratie ein politisch und personell überzeugendes Angebot hat, wo ihre Organisation steht und die Bürger den bestimmten Eindruck haben, daß sie die Politik wenden können, hat die SPD außergewöhnlich gut abgeschnitten. Das Ergebnis des Saarlandes, wo die SPD jetzt zur stärksten Kommunalpartei aufgestiegen ist, darf getrost als Signal für die Landtagswahl 1985 verstanden werden: Im Saarland wirtschaftet die Union ab.
4. Der Ausgang der Europa- und Kommunalwahlen, den man - bei allen notwendigen Abstrichen - als eine Art Zwischenergebnis nehmen kann, zeigt, daß wir auf unserem Weg zurück zur Regierungsverantwortung im Bund noch beschwerliche Hindernisse zu überwinden haben. Die fahrlässige Politik der Bundesregierung begünstigt den Populismus rechts und links.

Aber der Ansatz der SPD, von den Städten, Gemeinden und Ländern her wieder aufzubauen, hat sich als richtig erwiesen. Wir werden beharrlich bleiben dort, wo es not tut, die Organisation kräftigen, die konzeptionellen Kräfte konzentrieren und weitere systematische Vertrauensarbeit betreiben. Am Ende des schweren Wegs, auf den wir uns jetzt gemacht haben, muß die konzeptionslose Rechte bei uns und in anderen europäischen Ländern aus der Regierung verdrängt werden. (~/18.6.1984/ks/va)

+ + +



### Uneinheitliche Ergebnisse

---

Zu den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz und im Saarland

Von Peter Klein

Geschäftsführer der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (Bundes-S&K)

Die Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz und im Saarland haben gezeigt, die Bürger nehmen Kommunalwahlen sehr ernst. Die hohe Wahlbeteiligung in beiden Bundesländern von 76,5 Prozent beziehungsweise 78,7 Prozent zeigt eindeutig den hohen Stellenwert der Gemeindepolitik. Bemerkenswert dabei ist, daß die Wahlbeteiligung bei der Europawahl in diesen beiden Bundesländern, bedingt durch diese Kommunalwahlen, gemessen am Bundesdurchschnitt, sehr hoch war.

Die SPD hat sowohl Grund zu feiern als auch Grund, nachdenklich zu werden. Der Ausbau der absoluten Mehrheiten in Saarbrücken und Ludwigshafen genauso wie in Pirmasens (+ fünf Prozentpunkte), in Völklingen und Neunkirchen und selbst die relative Verbesserung in einigen Landkreisen zeigt deutlich die Chancen der SPD, sich aus der Kommunalpolitik heraus zu stärken. Politisch am bemerkenswertesten ist dabei sicherlich der Ausbau der absoluten Mehrheit in der Landeshauptstadt Saarbrücken mit dem Oberbürgermeister Oskar Lafontaine. Viele seiner Kritiker hatten nur darauf gewartet, daß ihn die örtliche Bevölkerung nicht in der Weise unterstützen würde, wie dies jetzt geschehen ist. Das Signal für die Landtagswahl im Saarland ist gesetzt. Die SPD ist zum ersten Mal im Saarland die stärkste Kommunalpartei geworden und hat die CDU um fast vier Prozentpunkte distanziert. Dieser Vorgang ist umso bemerkenswerter, als die Grünen, die zum ersten Mal bei Kommunalwahlen im Saarland angetreten waren, in allen größeren Städten und zahlreichen Kreisen erfolgreich waren. Oskar Lafontaine und die Saarländische Partei haben jetzt bei den Landtagswahlen im nächsten Jahr gute Chancen, die Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Andererseits darf aber nicht verschwiegen werden, daß auch nicht unbeachtliche Verluste für die SPD zu verzeichnen sind. So haben wir zum Beispiel in so wichtigen Städten wie Saarlouis und Homburg im Saarland zum Teil empfindliche Einbußen gehabt und das gleiche gilt für rheinland-pfälzische Städte wie Mainz, Trier, Koblenz, Speyer, aber auch, wenn auch geringfügiger, Worms. Auffallend ist, daß bei den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz die beiden großen Parteien relativ starke Einbußen zu



verzeichnen haben und die Grünen ihre Position zum Teil beachtlich ausbauen konnten. Die FDP ist auch in Rheinland-Pfalz genauso wie im Saarland auf dem unaufhaltsamen Abstieg. In zahlreichen Räten der Städte und Kreise ist sie nicht mehr vertreten.

Insgesamt wird man sagen müssen, daß die Ergebnisse für die SPD außerordentlich gemischt und uneinheitlich sind, so daß sich von dort her auch keine leichte Theoriebildung über den weiteren Weg der SPD ableiten oder aufbauen läßt. Eins scheint sicher zu sein, Kommunalwählerfolge werden uns nicht in den Schoß fallen, sondern sie müssen hart erkämpft werden. Es ist schon spannend zu sehen, daß sich die Grünen praktisch überall durchgesetzt haben und daß deren Erfolg manchmal begleitet war von Zunahmen der SPD, meistens allerdings eher von Verlusten für unsere Partei. In Saarbrücken haben die Grünen 5,3 Prozent geholt, und die SPD konnte ihre absolute Mehrheit noch ausbauen. Das Gleiche gilt für Ludwigshafen. Andererseits hingegen hat die SPD in der Stadt Mainz gute vier Prozentpunkte verloren, die Grünen haben mit 9,2 Prozent der Stimmen abgeschnitten. Zugleich haben aber auch die Rechtskoalitionsparteien fast vier Prozentpunkte abgeben müssen.

Auch eine andere, von manchen gepflegte These, daß nämlich die Verlusten im ländlichen Raum deutlich geringer sind als im städtischen Bereich, ist auf den Kopf gestellt, zumindest aber durchlöchert worden. Geringen Zuwachsraten in einigen wenigen Landkreisen stehen durchschnittliche wie überdurchschnittliche Verluste in anderen Landkreisen gegenüber, wobei auch hier faszinierend ist, daß sich in allen diesen Bereichen die Grünen durchgesetzt haben.

In der Stadt Pirmasens sind die Grünen nicht angetreten, und die SPD hat einen Zuwachs von fünf Prozentpunkten erreicht, die höchste Zuwachsrate bei beiden Kommunalwahlen in diesen beiden Bundesländern. Ein ähnliches Phänomen hatte sich schon bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg vor wenigen Monaten gezeigt, als nämlich die SPD in einigen Wahlkreisen überdurchschnittlich gut abschnitt und zugleich - oder weil - die Grünen dort nicht kandidierten.

Die alte These, daß die jeweiligen Bonner Oppositionsparteien in Kommunalwahlen eher erfolgreich sind, scheint von dort ein wenig bestätigt zu sein, auch wenn die SPD dieses Wählerverhalten nicht für sich alleine nutzen konnte, sondern auch die zweite Bonner Oppositionspartei daraus Honig saugen konnte. Damit stellt sich erneut die Frage für die SPD, welche gedanklichen und strategischen Möglichkeiten sie entwickeln muß, um auch den Grünen Wähler abzufragen, sie damit als politischen Gegner zu verstehen.

Noch einmal, für ein Fazit ist es am Morgen nach der Wahl zu früh. Die Ergebnisse sind derartig unterschiedlich, daß eine Menge an gedanklicher Arbeit noch geleistet werden muß, damit nicht die Gefahr entsteht, zu glauben oder in der Öffentlichkeit etwa darzustellen, daß die örtlichen Besonderheiten jedes Mal die Ursache für das heterogene Wahlergebnis sind. Das Abschneiden der Grünen zeigt deutlich, daß örtliche Wahlausagen relativ unbedeutend sind, denn die Grünen haben in den meisten Bereichen sozusagen als Bewegung kandidiert und nicht etwa, weil sie für lokale Probleme herausragende Lösungen; geschweige denn über örtlich bekannte Kandidaten verfügten.

(-/18.6.1984/ks/va)

+ + +



## Ein Schritt weiter auf der Gleichberechtigungsleiter

---

### Gleichstellungspolitik in Schweden - ein Beispiel für die Bundesrepublik?

Von Inge Wettig-Danielmeier

Bundenvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Noch Anfang der 70er Jahre lebte Schweden, wie jedes andere westliche Land, mit den allgemeinen Grundsätzen der Gleichheit aller Staatsbürger und der faktischen Ungleichheit von Männern und Frauen in der Familie, im Arbeitsleben und in der Politik.

1972 jedoch unternahm die schwedische Regierung unter Olof Palme erste organisierte und planmäßige Schritte für die Gleichstellung von Mann und Frau. Gleichzeitig bemühte sich die schwedische sozialdemokratische Partei um eine systematische Frauenförderung in ihren eigenen Reihen.

Heute, nach gut zehn Jahren, sind - trotz dreijähriger Unterbrechung durch eine konservative Regierung - die Ergebnisse beeindruckend. Die Fortschritte in Schweden zeigen, daß Sozialdemokraten mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik auch in verhältnismäßig kurzer Zeit Erfolge erzielen können. Sie zeigen allerdings auch, daß wirksame Gleichstellungspolitik sich nicht in einigen Appellen und Sonntagsreden erschöpft, sondern daß sie harte Arbeit und finanziellen Aufwand bedeutet.

Ein eigenes Gleichstellungs-Ministerium mit einem ganzen System unterstützender Kommissionen, Komitees und Sanktionsinstanzen sowie einem Ombudsman (der natürlich eine Frau ist) für Chancengleichheit sorgen in Schweden heute dafür, daß die Gleichstellung der Frau auch dann nicht in Vergessenheit gerät, wenn erste Erfolge Finanzminister begehrt machen und die Öffentlichkeit befriedigen könnten.

Gegenwärtig bemüht sich die Regierung vorrangig darum, den geteilten Arbeitsmarkt durch eine Öffentlichkeitskampagne und gezielte Subventionen so zu verändern, daß mehr Frauen in gewerblich-technischen Berufen einen Arbeitsplatz finden. Gleichzeitig verfolgt sie das Ziel, Arbeitsmarktchancen für Frauen auch in der Zukunft zu erhalten und das Rollenverhalten der Männer so zu verändern, daß es den eigenen Interessen und der Gleichstellung der Frau nicht ständig im Wege steht.

So enttäuschend die Ergebnisse der Bemühungen im einzelnen auch sein mögen, in der Gesamtbilanz steht Schweden zusammen mit Finnland und Norwegen unter den westlichen Demokratien an der Spitze, wenn es um die Repräsentanz von Frauen in der Politik und um die Gleichstellung im Arbeitsleben geht.

Im schwedischen Reichstag sind die Frauen mit fast 30 Prozent der Abgeordneten so deutlich vertreten, daß sie keine Minderheit mehr darstellen. In der Sozialdemokratischen Partei liegt der Anteil der Mandatsträgerinnen in allen Parlamenten über 30 Prozent, in Großstädten sogar bei 50 Prozent.

Auch wenn der Anteil der weiblichen Minister mit fünf von zwanzig noch deutlich die Minderheitsposition anzeigt, so bedeuten die Ressorts der Ministerinnen: Arbeit, Soziales, Energie, Bildung und Gleichstellung doch einen ersten Schritt zur Überwindung der typisch weiblichen Rollenzuweisungen.

Die rasche Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit, die zeitgleich mit einer enormen Ausweitung des öffentlichen Sektors und dem großzügigen Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen erfolgte, hat in Schweden zu einer noch stärker ausgeprägten Zweiteilung des Arbeitsmarktes geführt als in der Bundesrepublik. Allerdings sind in Schweden auch 84 Prozent aller Frauen mit Kindern unter sieben Jahren erwerbstätig und per Saldo gibt es kaum einen Unterschied zwischen der Erwerbsquote von Männern und Frauen. Eine Differenz ergibt sich nur bei den älteren Jahrgängen.



Einen wesentlichen Beitrag zur Gleichstellung im Arbeitsleben hat die auf Ausgleich bedachte Lohnpolitik der Arbeitergewerkschaften geleistet. Während 1960 schwedische Frauen im Durchschnitt nur 70 Prozent des Männerlohnes verdienten, erhalten sie heute fast 94 Prozent des durchschnittlichen Männerlohnes; das schließt die eher schlechtere Qualifikation vieler Frauen ein. Das heißt: trotz schlechterer Qualifikation eines Teils der Frauen hat sich das Lohnniveau zwischen Frauen und Männern weitgehend angeglichen. Offensichtlich läßt sich das rigorose Gefälle zwischen hohem und niedrigem Einkommen nach Qualifikation und "Leistung" auch in einer freiheitlichen Demokratie überwinden.

Heute wünschen sich 22 Prozent aller teilzeitbeschäftigten Frauen eine Vollzeitstelle und der weitaus größte Teil der Frauen plädiert für generelle Arbeitszeitverkürzung, zumal auch in Schweden, wie bei uns, die Arbeitnehmer mit den höchsten durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten die Väter kleiner Kinder sind. Mit Spannung blickt Schweden daher auf die bundesrepublikanischen Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche, denn in der Sozialdemokratischen Partei Schwedens gehörte der Sechs-Stunden-Tag seit 1975 zum Programm und gilt als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Gleichstellung von Männern und Frauen im Arbeitsleben und in der Familie.

Hier setzt auch die Arbeit zur Veränderung des Rollenverhaltens der Männer an. Die schwedische Regierung geht davon aus, daß eine Gleichstellung von Mann und Frau nur möglich ist, wenn Männer ebenso wie Frauen Familienpflichten übernehmen. Der zwölfmonatige Elternurlaub wird inzwischen zu 22 Prozent von Vätern in Anspruch genommen - mit steigender Tendenz.

Als generelle Leitlinie der schwedischen Gleichstellungspolitik gilt, daß sowohl im Arbeitsleben als auch in der Politik das jeweils unterrepräsentierte Geschlecht 40 Prozent der Plätze besetzen sollte - im Kindergarten ebenso wie an der Werkbank oder im Parlament. Diese Leitlinie gilt zum Beispiel auch als Kriterium für die Subventionsvergabe an Betriebe. Schweden arbeitet, anders als Norwegen, in der Politik mit Zielzahlen und nicht mit festen Quoten. Offensichtlich sind solche Zielzahlen eine hinreichende Vorgabe, um das Ziel der Gleichstellung zu erreichen, wenn sie von dem festen Willen aller Organisationsgliederungen einer Partei und einer kontinuierlichen Kontrolle durch die Betroffenen begleitet werden. Das schwedische Beispiel zeigt, daß die konsequente Politik einer Partei so durchschlagend sein kann, daß sich auch andere Parteien, Arbeitnehmerorganisationen und sogar Arbeitgeber diesem Trend nicht entziehen können.

Das schwedische Beispiel hat deshalb auch für die Beschlüsse und Aktionen zur Gleichstellung der Frau in der SPD Pate gestanden. Auch wenn die Mehrheitsverhältnisse in der Bundesrepublik noch nicht ganz so günstig sind, die SPD hat hinreichende Macht in den Ländern und in ihrer eigenen Organisation, um die Gleichstellung voranzutreiben.

Was die Kosten angeht - die Gleichstellung der Frauen in der eigenen Partei kostet gar nichts. Die ausgleichenden Maßnahmen, die die schwedische Regierung zum Beispiel auf dem Arbeitsmarkt zur Förderung der Gleichstellung finanziert, lassen sich offensichtlich mit der gleichzeitig betriebenen Haushaltssanierung in Einklang bringen. Vielleicht könnten wir auch da lernen.

(-/18.6.1984/ks/va)

+ + +



"Neue Zürcher" kritisiert "Bonner Zickzack-Kurs" in der EG

Schwere Vorwürfe gegen die Haltung der "Wenderegierung" in den Brüsseler EG-Räten

Von Herbert Bermeitinger,

Sprecher der SPD-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag

Mitglied des Ausschusses für Europafragen beim Parteivorstand der SPD

Wenn je in der über 200 Jahre alten "Neuen Zürcher Zeitung" ein Satz gegen die deutschen Sozialdemokraten zu entdecken war - und das kommt gar nicht selten vor -, dann findet sich das Zitat im Zettelkasten der Union und dann auch in den Reden der Regierenden und der Abgeordneten wieder. Die "Neue Zürcher Zeitung" ist fraglos die in Bonn am häufigsten zitierte ausländische Zeitung. Ob sich in den Zitattensammlungen und in den nächsten Reden auch die "Neue Zürcher Zeitung" vom 8. Juni 1984 finden wird? Wohl kaum. Denn im Wirtschaftsteil der Zeitung von diesem Tage - immerhin wenige Tage vor der Europawahl - findet sich die wohl schärfste Attacke gegen die Europapolitik der Bonner Wenderegierung, die bisher in dem schweizerischen Blatt zu lesen war.

Auch Bundeskanzler Kohl, so die "Neue Zürcher Zeitung", setze sich bei jeder Gelegenheit für "mehr Europa", für die Schaffung einer europäischen Union ein, "der EG-Alltag steht jedoch in eklatantem Widerspruch zu solchen Lippenbekenntnissen". Konkret nennt die "Neue Zürcher Zeitung" dann die "vernachlässigten Verbraucherinteressen". Bei allen drei Vorschlägen der EG-Kommission zur Produkthaftung, Regelung der Haustürgeschäfte und Kontrolle irreführender Werbung, "sperrten und blockierten vor allem die Bundesrepublik und Großbritannien".

In Sachen "Produkthaftung", so die "Neue Zürcher Zeitung", "dürfte das Verhalten der deutschen Regierung einiges dazu beigetragen haben, daß keine Fortschritte, sondern eher Rückschritte im Rat verzeichnet werden mußten".

Unter dem Zwischentitel "Bonner Zickzack-Kurs" heißt es dann wörtlich: "Die Diskrepanz zwischen den europapolitischen Sonntagsreden der Bundesregierung und ihrer täglichen Europapolitik ist nicht mehr zu übersehen. Dies bezieht sich nicht nur auf den erwähnten Ministerrat zu Verbraucherfragen. Auch beim Treffen der Finanzminister Anfang der Woche in Luxemburg gingen die Schwierigkeiten bei der Behandlung von drei



Richtlinienvorschlägen auf dem Gebiete der Harmonisierung der direkten Steuern weitgehend auf deutsche Forderungen zurück, obwohl die Verwirklichung binnenmarkt-ähnlicher Verhältnisse in der EG ein besonderes deutsches Anliegen darstellt. Als weitere Ungereimtheit könnte zum Beispiel die gemeinsame Stahlpolitik ins Feld geführt werden, war es doch die Bundesrepublik, die trotz der angeblichen Bonner Wende in diesem Frühjahr an vorderster Front für noch mehr Protektionismus an der EG-Außengrenze aber auch auf dem gemeinsamen Stahlmarkt kämpfte."

Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtet und kommentiert dann weiter, "mehr als nur Verwunderung" habe in Brüssel der Plan der deutschen Regierung ausgelöst, zusätzliche finanzielle Hilfen an die deutschen Landwirte zu gewähren. Ende März habe Bonn bei den Agrarpreisbeschlüssen die Zustimmung erhalten, ab 1985 einen jährlichen Einkommensausgleich von rund zwei Milliarden DM für den vereinbarten Abbau des Grenzausgleichs zu gewähren. Jetzt wolle aber "die Regierung Kohl nicht nur die Subventionen um ein halbes Jahr vorziehen, sondern gleichzeitig auch um eine zusätzliche Milliarde jährlich verstärken". "Dagegen müßte", meinte die "Neue Zürcher Zeitung", "die EG-Kommission... wohl einschreiten."

Kohl habe jedoch bei EG-Präsident Gaston Thorn schriftlich um Verständnis für seine Beihilfepläne geworben. Da Kohl auf den engen Zusammenhang dieser Frage und den weiteren Verhandlungen über die künftige Finanzierung der EG verwies, "hat der Brief Kohls schon eher den Charakter eines Ultimatums".

Noch hätten bisher weder Brüssel noch die Partnerstaaten auf die deutschen Agrarhilfepläne offiziell reagiert, sie könnten aber beim EG-"Gipfel" in Fontainebleau bei der Behandlung des britischen Beitragsproblems zur Sprache kommen, meinte die Zeitung.

(-/18.6.1984/ks/va)

+ + +

